Der Ukraine-Krieg, die Transformation der Corona-Bewegung und die Karlsruher Corona-Demos am 11. und 14. März 2022

Karlsruher Netzwerk gegen Rechts

(Dossier 184)

www.ka-gegen-rechts.de/dossiers

Die Karlsruher Corona-Protestinitiativen *Querdenken721* (mit Chefin Güzey Israel) und *Grundrechte Jetzt* (mit Chef Klaus Schimmelpfennig) waren zwar verstritten, aber nicht wegen ihren Haltungen zum Ukraine-Krieg. Hier waren beide der Ansicht, dass Putin eher mit Wahrheit zu tun hatte und Deutschland eher mit Lüge.

Verstritten waren sie wegen der Frage, ob man Corona-Demos anmelden solle oder nicht. Grundrechte Jetzt waren strikt dagegen und betonten (zurecht) das revolutionäre Potential einer selbstbestimmt agierenden Menschenmenge. Güzey Israel als Apologetin des *Querdenken*-Gedankens propagierte das Anmelden von Demos und das (zähneknirschende) Erfüllen der Demoauflagen.

Aber der Konflikt der beiden war im Februar 2022 entschieden worden. Güzey Israel hatte montags angemeldet ... und 400 Menschen waren ihrer Demoanmeldung gefolgt, während dem Aufruf von *Grundrechte Jetzt* nur 12 Menschen gefolgt waren: Das war am 28. Februar 2022 gewesen: Der ehrwürdige Hans Magnus Enzensberger hätte vielleicht vom Plebiszit des Demonstranten gesprochen, aber seither war die Sache quasi ausdiskutiert und vom Tisch und *Grundrechte Jetzt* hatten sich mit ihren Demos in den Karlsruher Vorort Rheinstetten zurückgezogen.

Beim von Güzey Israel angemeldeten und geleiteten Corona-Montagsspaziergang am 7. März 2022 waren es dann nur noch knapp 200 Teilnehmende gewesen. Ein Einbruch, der sich baden-württembergweit vollzogen hatte. Von überall her berichteten die Medien über sinkende Teilnehmendenzahlen.

Zwei charakteristische Meldungen aus Ulm und Nagold
zu den Corona-Spaziergängen vom 7. März 2022.

swp+ Corona-Demo in Ulm und Neu-Ulm

„Spaziergänge“ in den Städten

7. März 2022

16 „Spaziergänge“ gab es am Montagabend im Bereich des Polizeipräsidiums Ulm.

Mittlerweile Routine: Montagabends sind die „Spaziergänger“ unterwegs. Diesmal waren es aber weniger als noch vor Wochen.

Tausende waren es nicht mehr, nurmehr hunderte: Am Montagabend haben sich einmal mehr die so genannten „Spaziergänger“ in Ulm und Neu-Ulm auf den Weg gemacht, um wieder unangemeldet gegen die Corona-Politik und das Impfen zu protestieren. Doch diesmal war es eine überschaubare Menschenmenge.

Deutich weniger Teilnehmer Schwarzwälder Bote 08.03.2022

Polizeichef rechnet mit Ende der Montags-Spaziergänge in Nagold

Die Zahl der montäglichen "Spaziergänger" in Nagold ist erneut gesunken. Die Bewegung scheint, wie andernorts auch, an Schwung zu verlieren: Es war eher ein kleiner Haufen, der sich am Montagabend zum Corona-Spaziergang in der Nagolder Innenstadt traf. "Vielleicht 150 Personen", schätzt Nagolds Revierleiter Klaus Armbruster. "In der Spitze maximal 250."

"Wir haben uns zurückgezogen und das Geschehen von außen beobachtet", erläutert Nagolds Ordnungsamtsleiter Achim Gräschus am Tag danach. Wobei das eigentlich meint: Seine Leute in Bereitschaft blieben während der Kundgebung draußen lieber drinnen im warmen Rathaus. Grundsätzlich sei es zwar nach wie vor nicht gut, dass solche "unangemeldeten Versammlungen" in der Stadt stattfänden. Aber die Allgemeinverfügung der Stadt unter anderem zur Maskenpflicht bei den Corona-Spaziergängen sei bereits Ende Februar ausgelaufen, aktuell gelte für solche Kundgebungen noch die allgemeine Maskenpflicht aus der Corona-Verfügung des Landes. Aber auch die hat ein Verfallsdatum und läuft offiziell am 19. März aus. Was danach an möglichen Folgeregelungen noch kommen könnte, sei komplett offen.

Tatsächlich war auch die Polizei am Montag zwar mit zehn Beamten im Revier in Bereitschaft, aber auch die Beamten hier ließen sich nur sehr vereinzelt als Beobachter auf den Straßen der Innenstadt sehen. Im Prinzip gab es diesmal keine Polizei-Präsenz mehr in Nagold beim Montags-Spaziergang. Revierleiter Armbrusters Eindruck zur Zukunft der Montags-Spaziergänge in Nagold: "Ich hab das Gefühl das läuft sich tot!"

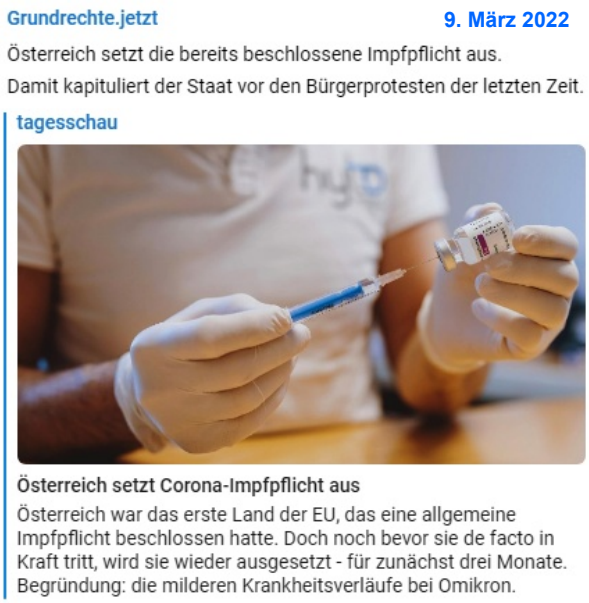
Es war sehr überschaubar geworden: Die erfolgreichste Phase der Bewegung in der Zweiten Welle der Corona-Proteste war um Weihnachten 2021 herum gewesen: Nun aber, am 7. März 2022, ging beispielsweise in Pforzheim und den umliegenden Dörfern bei insgesamt neun Spaziergängen mit 1.600 Teilnehmenden nur noch ein mäßiger Bruchteil auf die Straße. Ein analoges Bild auch in Mannheim (300), wo sich im November 2021 noch ein kleines Epizentrum gebildet hatte.

Der große Hype der Zweiten Welle der Corona-Proteste seit November 2021 war vorüber, die Stagnation der Bewegung war erreicht. In den östlichen Bundesländern gestaltete sich der Zerfall langsamer, da die Corona-Proteste dort in weiten Teilen von der Rechten Szene getragen wurden, so dass immer noch ein harter Kern mobilisiert werden konnte. In den westlichen Bundesländern aber sorgten die Lockerungen der Maßnahmen und der Fokus auf den Ukraine-Krieg für eine massive Erosion, die sich der kleinen regelmäßigen Corona-Proteste bemächtigte

Hinzu kam, dass die Corona-Szene sich fundamental bestätigt sah angesichts der Erkenntnisse und Entwicklungen rund um die in ganz Europa dominante Omikron-Variante des Corona-Virus ... was der Corona-Protestszene jedoch keinen Auftrieb verschaffte. Vielmehr versandete die gesellschaftliche Wahrnehmung der Proteste sowie das Interesse an den (angemeldeten) Demos und (unangemeldeten) Spaziergängen.

Im April 2022 würde der Deutsche Bundestag nach etlichen Verschiebungen über eine allgemeine Impfpflicht abstimmen. Durch de Omikron-Variante aber hatten sich die Grundlagen & Voraussetzungen geändert.

Die Ungeimpften waren nicht, wie Ende 2021 vom damaligen Bundesgesundheitsminister Jens Spahn sowie seinem Nachfolger Karl Lauterbach prognostiziert, bis Ende des Winters 21/22 massenweise gestorben. Zudem befanden sich nun unter den Corona-IntensivpatientInnen immer mehr Geboosterte, während in Österreich etwa die bereits beschlossene Allgemeine Impfpflicht ausgesetzt wurde.



Auch juristisch fanden sich immer mehr Stimmen gegen eine Allgemeine Impfpflicht in Deutschland, darunter der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier. Der beanstandete zudem eine „schleichende Entparlamentarisierung der Politik in der Corona-Zeit“.

Hans-Jürgen Papier skeptisch 6. März 2022 rp-online.de

Ex-Verfassungsrichter gegen allgemeine Impfpflicht

Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, ist aktuell gegen eine allgemeine Impfpflicht. Man solle seiner Meinung nach zum jetzigen Zeitpunkt auf die geplante Einführung "verzichten und stattdessen effektivere Impfkampagnen vorbereiten.“

Das sagte er der "Welt" mit Blick auf die für Anfang April geplante Bundestagsabstimmung. Eine Impfpflicht wäre laut Papier "in jedem Fall ein erheblicher Eingriff in das Grundrecht der körperlichen Integrität und Selbstbestimmung". Dieser sei nur zu rechtfertigen, wenn ohne diesen Eingriff wichtigen Gemeinschaftsgütern schwere Gefahren drohten. Dies lasse sich aber angesichts der ungewissen Entwicklung der Pandemie nur schwer vorhersagen.

"Wir wissen nicht, ob eine Impfpflicht, die wir jetzt mit Blick auf den kommenden Herbst und später einführen würden, dann überhaupt noch erforderlich ist, um zum Beispiel unser Gesundheitssystem vor einer Überlastung zu schützen", so Papier weiter. Das gelte sowohl für eine allgemeine als auch für eine auf bestimmte Altersgruppen bezogene Impfpflicht.

Die Möglichkeiten des Staates, Corona-Schutzmaßnahmen zu verhängen sollten nach Papiers Auffassung im Rahmen der Novellierung des Infektionsschutzgesetzes eng begrenzt werden. Er plädiere "eindeutig für eine restriktive Ausgestaltung der künftigen Maßnahme-Möglichkeiten der Exekutive". Wesentliche Entscheidungen über Grundrechtseinschränkungen sollten künftig nicht mehr die Landesregierungen treffen, sondern müssten in jedem Fall den Parlamenten vorbehalten sein: "Die ohnehin festzustellende schleichende Entparlamentarisierung der Politik hat in der Corona-Zeit einen dramatischen Schub bekommen. Dem sollten wir zwingend entgegenwirken. Dazu haben wir jetzt die Gelegenheit."

Mitte März 2022 war dann auch ein Ende der Maskenpflicht an Schulen absehbar:

Bild 10.03.2022

ENDLICH!

Maskenpflicht für Schüler fällt

Nach fast zwei Schuljahren fallen jetzt endlich die Masken! Österreich und die Schweiz und viele andere Länder haben die Masken in Schulen schon abgeschafft. Jetzt zieht die Ampel-Regierung nach: Spätestens ab 2. April dürfen die Bundesländer keine Maskenpflicht mehr in Schulen anordnen! Der Gesetzentwurf soll kommende Woche beschlossen werden.

Bundesjustizminister Marco Buschmann (44, FDP) zu BILD: „Die Maskenpflicht an Schulen endet. In Schulen soll getestet werden können.“ Weitergehende Maßnahmen seien nur noch in sogenannten Hotspots verpflichtend.

ABER: Wann gilt eine Region als Hotspot? Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (59, SPD) sagte gestern, dass dafür eine gefährlichere Variante auftreten oder die Krankenhausversorgung gefährdet sein müsste. Schwellenwerte soll es nicht geben, da diese „aus medizinischer Sicht keinen Sinn ergeben“, so Lauterbachs erstaunliches Fazit nach zwei Jahren Pandemie-Politik.

ABER: Auch die Testpflicht an Schulen wackelt! Dr. Thomas Fischbach, Chef des Kinder- und Jugendärzteverbandes, zu BILD: „Seitdem sich jeder impfen lassen kann, ist das anlasslose Massentesten nicht mehr sinnvoll. Kinder erkranken nicht schwer, warum sollten ausgerechnet sie so intensiv überwacht und eingeschränkt werden?“ Das Testen sei belastend und störe den Unterricht.

Die *Anwälte-für-Aufklärung*-Demo in Karlsruhe am 11. März 2022

Anmelder dieser Demo war Dirk Sattelmaier, Chef des Corona-Projekts *Anwälte für Aufklärung* und zentrale Figur im Orgateam von *Querdenken721*. Den Anlass für die Demo bildete eine Verhandlung vor dem Karlsruher Amtsgericht über einen Vorfall bei der letzten Karlsruher Demo der *Anwälte für Aufklärung* (Dezember 2020):

Vor dem Bundesverfassungsgericht
Schloßbezirk 3 in 76131 Karlsruhe
Am 11. März um 15:00 Uhr

Güzey Inge Israel
16. Februar um 12:05 ·

"Es bröckelt so langsam, Herr Harbarth. Auch Sie werden sich vor der Geschichte verantworten müssen".

Bitte schon einmal unter uns intern vormerken:

Am 11. März findet unsere dritte Demonstration vor dem BVerfG statt. Der geschätzte Kollege Dirk Sattelmaier hat es bereits auf allen Kanälen angekündigt.

Tenor der Anmeldung und des Aufrufs: Treten Sie zurück, Herr Harbarth!

Vorher 13:00 Uhr AG Karlsruhe: OWi-Hauptverhandlung Gruppenfoto 19.12.2020.

75 € Bußgeld mangels Abstand und mangels Maske im Freien.

"Angeklagt": RA Dr. Christian Knoche.
Verteidigung: Rechtsanwältin Beate Bahner.

Wir bitten alle Kolleginnen und Kollegen, in Robe an dem Hauptverhandlungstermin um 13:00 Uhr teilzunehmen.

Ein kleines Who-is-Who der *Querdenken*-Szene, in der sich seit 2020 RechtsanwältInnen in den Führungsetagen eingenistet hatten.

Die Mobilisierung hatte früh begonnen, Mitte Februar 2022. Im Zentrum der Demo selbst stand allerdings der BVG-Präsident Stephan Harbarth, der mit seinen Urteilen, die allesamt stets die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung als rechtens abgesegnet hatten, seit 2020 einer der Buhmänner der Corona-Protestszene war.

Grundrechte.jetzt **10. März 2022**

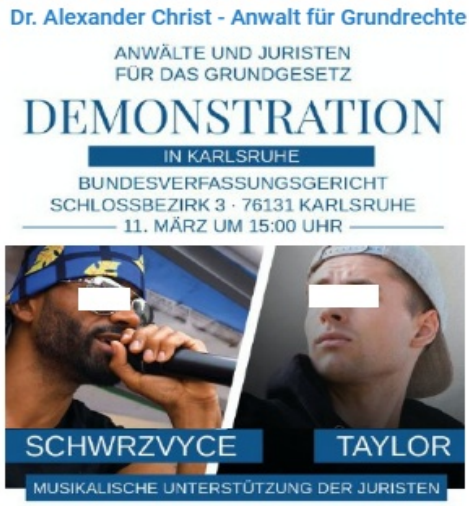
Demonstration der Anwälte für Aufklärung vor dem Bundesverfassungsgericht ‼ Freitag, 11. März 2022, 15 Uhr

Wir fordern den Rücktritt von Stephan Harbarth, dem amtierenden Präsidenten des BVerfG. Kein Richter in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte zuvor hat unser höchstes deutsches Gericht, das Bundesverfassungsgericht, so sehr beschädigt, wie dieser Präsident. Das ist unsere feste Überzeugung.

❗ Treten Sie zurück, Herr Harbarth ❗

Wir Anwälte für Aufklärung und alle Mitglieder unseres Vereines stehen für die Grundrechte und für die Verteidigung des Rechtsstaats.

Die Demo war als ein großer Event geplant.



Taylor war seit Januar 2022 der musikalische Shooting-Star der Corona-Szene. Taylor Luc Jacobs war im Jahr 2019 DSDS-Halbfinalist gewesen.

Schwrzvyze war im März 2022 ein kleiner Star. Seine Szene-Hits hießen „Fake News Media“ oder „Ungeimpfte sind die neuen Neger“.

In einem langen *Compact*-Interview vom Februar 2022 sprach Taylor Luc Jacobs über sich und seine Motivationen … (Auszüge):

COMPACT „Bereit, den Preis zu zahlen“: Interview mit DSDS-Star Taylor Luc Jacobs
13. Februar 2022

Taylor, man kennt dich von der RTL-Show „Deutschland sucht den Superstar“. Da warst du 2019 einer der ganz großen Favoriten, bist bis ins Halbfinale gekommen. Deine Auftritte haben auf YouTube Klickzahlen in Millionenhöhe. Der Weg zu Ruhm, Geld und schönen Frauen war geebnet. Jetzt hast du ein Album mit dem Titel „Widerstand“ herausgebracht und dir damit – gerade in der heutigen Zeit – einiges verspielt. Warum?

Ungefähr die Hälfte der „Freunde“, die ich hatte, hat gesagt: „Das, was du jetzt machst, entspricht nicht unseren Überzeugungen und deshalb möchten wir mit dir nichts mehr zu tun haben.“ Einige sind aber auch neu dazugekommen. Das ist das Schöne: Alte Weggefährten verabschieden sich, aber man findet auch neue. Ich bin völlig unpolitisch, versuche aber, Haltung zu zeigen. Ich habe eine Überzeugung und die teile ich in meinen Liedern. So war es auch in der Vergangenheit. Nur mit dem Unterschied, dass das, was wir jetzt gerade erleben, natürlich eine besondere Situation ist, und deshalb sind auch besondere Lieder entstanden.

Die Montagsdemos beispielsweise gibt es ja schon ewig. Schon seit vielen Jahren sagen Menschen, dass dieses System nicht gerecht ist. Der Unterschied zu dem, was wir jetzt haben, ist der, dass es so viele betrifft. Und es betrifft sie im Privaten. Das heißt, wir haben jetzt eine unglaubliche Anzahl persönlicher Tragödien auf der Welt, was eine völlig neue Dynamik auslöst. Dieses Gewicht, was von oben auf uns geladen wurde, spüren wir alle gemeinsam, weil fast jeder in seinem Familienkreis und persönlichen Umfeld Fälle kennt, wo jemand seinen Job verloren hat oder anders unter den Maßnahmen leidet. Der Grad der Verzweiflung ist einfach in einer ganz neuen Dimension spürbar und der Protest nimmt deshalb auch andere Formen wie die der Musik an. Es gibt viele Dinge auf der Welt, die ich ich nicht gut finde, auch wenn die Maßnahmen gekippt werden.

Schwrzvyze indes verstand sich als Vertreter einer „neuen Rechten, die mit der alten nicht zu tun“ habe … Ein Bericht vom Februar 2022 in Auszügen.

kultur-zentner «Rechtsextrem» – SchwrzVyce definiert einen Kampfbegriff um
10. Februar 2022

Sein neuer Titel heißt «Rechtsextrem» und spielt auf einen Kampfbegriff an, mit dem die politische Linke hantiert, um alle Kritiker der Corona-Politik pauschal zu diffamieren. In Deutschland ist es ein beliebtes Mittel, politisch Andersdenkende in die rechte Ecke zu stellen – und sei es über den Umweg einer Kontaktschuld. Diesen Vorwurf musste sich auch SchwrzVyce häufig gefallen lassen, obwohl er sich vor Corona in dem linken politischen Spektrum verortete. Doch die politische Linke hat ihn enttäuscht, weil sie die autoritären Freiheitseinschränkungen verteidige und anders als früher Herrschaftskritik vermissen lasse: “Weil die Linksabbieger alle brav die Fresse halten / Hab ich heute kein Problem damit mich rechts zu halten.“ Er fühle sich in der Corona-Politik lediglich von der politischen Rechte seine Interessen vertreten fühlt. „Sie ist momentan die einzige Opposition im Parlament“.

Da er permanent ins rechte Lager geschoben wird, kehrt er das Spiel um und versucht, den Begriff „rechts“ umzudeuten. Er wird nicht mehr an Fragen hinsichtlich Ethnie oder Herkunft geknüpft, sondern an den Umgang mit Rechten und Freiheiten. „Wenn wir, die wir uns für das Grundgesetz einsetzen, als rechts bezeichnet werden, dann steht rechts für diese Werte“, lautet seine Erklärung. Insofern ist «Rechtsextrem» auch ein Wortspiel, in dem die erste Komponente nicht für die herkömmliche politische Orientierung steht, sondern für «Recht». „Für mich ist die Corona-Krise die Geburtsstunde einer neuen Rechten, einer, die mit der alten nichts zu tun hat.“ Sie definiere sich lediglich über die Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Ordnung”, sagt SchwrzVyce.

In Deutschland sei der Begriff «Widerstand» negativ besetzt, doch der Rapper sieht darin nichts Verwerfliches. „Schließlich haben Politik und Medien uns Kritiker der Corona-Maßnahmen in diese Position gebracht, indem sie uns ausgrenzen, kriminalisieren und als radikal verleumden“, sagt er. SchwrzVyce sieht die Gefahr eines autoritären Staates, der seine Bürger bevormundet und kontrolliert. Was Deutschland sich seit knapp sieben Jahrzehnten erarbeitet hat, droht zerstört zu werden. Die zivilisatorischen Leistungen lösen sich in Luft auf, als hätte es sie nie gegeben. Einen großen Beitrag dazu leiste die politische Linke, so der Rapper. Sie seien die wahren Demokratie-Feinde. Ihnen sagt er den Kampf an: „Ja lieber als ein Mitläufer unter Vollidioten / Lauf ich für mein Land mit den echten Patrioten / Mit eurer Diktatur ruiniert ihr dieses Land / Deswegen dieser Kampf – jetzt ist Zeit für Widerstand.“

Die Demo war halbwegs gut besucht. Etwa 500 Interessierte fanden bei frühsommerlichen Temperaturen den Weg zum Demo-Ort. Die Polizei hatte das BVG am Vormittag schon mit Hamburger Gittern abgesperrt. Das Flatterband alleine hätte es angesichts der stets rundum friedlichen Karlsruher Corona-Protestszene auch getan. Der zuvor auf 13 Uhr angesetzte Prozess war seitens des Amtsgerichts abgesagt worden. Und *Taylor* war nicht da. Maskenpflicht herrschte nur da, wo ein Abstand zwischen den Personen von 1.50 Meter nicht eingehalten wurde.

In der Kundgebung ging es inhaltlich immer wieder um die Rolle des BVG in der Corona-Krise ... und aus aktuellem Anlass konkret um die Einrichtungsbezogene Impfpflicht, die im Dezember 2021 vom Bundestag beschlossen worden war und die das BVG nicht für unrechtens erklärt hatte.

In einem Eilantrag war die „vorläufige Außervollzugsetzung“ des Gesetzes zur Einrichtungsbezogenen Impfpflicht gefordert worden. Der Antrag war am 10. Februar 2022 abgelehnt worden. Eine „abschließende Prüfung der Verfassungsmäßigkeit“ des Gesetzes an sich stand jedoch noch aus.

Der Focus kommentierte das Urteil am 11. Februar 2022:

ONLINE FOCUS

Entscheidung in Karlsruhe

Richter lehnen Eilantrag gegen Pflege-Impfpflicht ab

Das Bundesverfassungsgericht hat einen Eilantrag gegen die Impfpflicht in Pflege und Medizin abgelehnt. Die Nachteile, die den überwiegend im Gesundheitswesen tätigen Antragstellern durch die Impfpflicht drohten, seien weniger schwer als die Nachteile, die bei einem Aussetzen der Regelung für vulnerable Menschen zu befürchten seien, begründete das Gericht am Freitag in Karlsruhe seinen Beschluss. Das bedeutet noch nicht, dass die einrichtungsbezogene Impfpflicht grundsätzlich verfassungsmäßig ist - dies muss noch im Hauptverfahren geprüft werden. Im Eilverfahren nahmen die Richterinnen und Richter zunächst eine Folgenabwägung vor. Sie prüften, was die schlimmeren Konsequenzen hätte: wenn sie erst einmal alles laufen lassen, obwohl die Verfassungsbeschwerde berechtigt wäre - oder wenn sie eine Vorschrift außer Kraft setzen, die sich später als verfassungsgemäß herausstellt. Es geht also um eine Regelung für die Zwischenzeit, bis die eigentliche Entscheidung getroffen ist.

Die sogenannte einrichtungsbezogene Impfpflicht soll alte und geschwächte Menschen vor einer Ansteckung mit dem Coronavirus schützen, die ein besonders hohes Risiko haben, sehr schwer zu erkranken oder daran zu sterben. Sie gilt für Beschäftigte in Pflegeheimen und Kliniken, aber zum Beispiel auch in Arztpraxen und bei ambulanten Diensten, für Hebammen, Physiotherapeuten und Masseure. Sie alle müssen bis 15. März 2022 nachweisen, dass sie voll geimpft oder kürzlich genesen sind. Neue Beschäftigte brauchen den Nachweis ab 16. März von vornherein. Für Menschen, die sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen können, gilt eine Ausnahme. Fehlt der Nachweis, muss das Gesundheitsamt informiert werden, um den Fall zu untersuchen. Es kann dem Betroffenen dann verbieten, die Einrichtung zu betreten oder seine Tätigkeit weiter auszuüben.

Auf der Kundgebung vor dem BVG am 11. März wurde immer wieder aus der Urteilsbegründung zur Ablehnung des Eilverfahrens zitiert. Dabei ging es im Kern um diese Passage:[1]

Kommen Betroffene der ihnen [im Gesetz] auferlegten Nachweispflicht nach und willigen in eine Impfung ein, löst dies körperliche Reaktionen aus und kann ihr körperliches Wohlbefinden jedenfalls vorübergehend beeinträchtigen. Im Einzelfall können auch schwerwiegende Impfnebenwirkungen eintreten, die im extremen Ausnahmefall auch tödlich sein können. Allerdings verlangt das Gesetz den Betroffenen nicht unausweichlich ab, sich impfen zu lassen. Für jene, die eine Impfung vermeiden wollen, kann dies zwar (...) mit einem Wechsel der bislang ausgeübten Tätigkeit oder des Arbeitsplatzes oder sogar mit der Aufgabe des Berufs verbunden sein. Dass die in der begrenzten Zeit bis zur Entscheidung über [das Gesetz an sich] möglicherweise eintretenden beruflichen Nachteile irreversibel oder auch nur sehr erschwert revidierbar sind oder sonst sehr schwer wiegen, haben die Beschwerdeführenden jedoch nicht dargelegt; Dies ist auch sonst – jedenfalls für den genannten Zeitraum – nicht ersichtlich. Wirtschaftliche Nachteile, die Einzelnen durch den Vollzug eines Gesetzes entstehen, sind daneben grundsätzlich nicht geeignet, die Aussetzung der Anwendung von Normen zu begründen.

Es wurde auf der *Anwälte-für-Aufklärung*-Demo immer wieder kritisiert, dass das Gericht mit der Gesundheit, den Lebensentwürfen und den beruflichen Existenzen der Menschen gespielt und kaltherzig einen „Wechsel des Arbeitsplatzes“ empfohlen habe – und auch sonst keine Probleme mit dem Impfen gehabt habe.

1 https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2022/bvg22-012.html

Der Ukraine.Krieg, seine Folgen für die Energiepreise und die beginnende Umwandlung der Coronaproteste in Bürgerprotest

Der Ukraine-Krieg (seit 24. Februar 2022) hatte Auswirkungen auf die Coronaproteste in Deutschland. Zum einen wurde das Thema Corona in Politik und Medien überlagert, so dass auch die Wucht der Coronaproteste abnahm und bundesweit die Teilnehmendenzahlen einbrachen. Die Corona-Szene stand vor einem ernsthaften Legitimationszwang.

Zum anderen mehrten sich in den *telegram*-Kanälen der Corona-Protestszene Stimmen derer, die strukturelle Parallelen im Verhalten der deutschen Bundesregierung gegenüber den Corona-Protesten und gegenüber Putin sahen: Im Verbund mit den Medien würden Lügen verbreitet und so ein faschistisches Regime in der Ukraine beschützt … Grob gesagt: Die Corona-Politik und die Ukraine-Politik sowie das Verhalten der Medien und der gesellschaftlich führenden Kräfte sei vergleichbar, da beides nur Symptome derselben Verlogenheit sei, mit der eine kleine Elite in Deutschland ihre Herrschaft beschütze und den Staat in einen faschistischen und korrupten Handlanger verwandelt habe. (Vergleiche[2] Dossiers 182 und 183)

Hinzu kam nun der Umstand massiv steigender Energiepreise: Als Reaktion auf den Einmarsch Russlands in die Ukraine hatten führende westliche Regierungen einen sofortigen bzw. schrittweisen Importverzicht für russisches Öl, Gas und Kohle verfügt. Einen sofortigen Stopp würde es allerdings nicht geben: Die Preise für Benzin & Co stiegen dennoch unverzüglich an, obwohl das Gas „noch fließt“ .

Frankfurter Allgemeine

So will die EU die Abhängigkeit von Gas und Öl aus Russland beenden (11. März 2022)

Schon vor dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs am 10. März 2022 in Versailles stand fest, dass sich die EU aus der Abhängigkeit von Gas, Kohle und Öl aus Russland befreien will. Nur über das Tempo konnten sich die Chefs zunächst nicht einigen. Nun hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen dafür das Jahr 2027 als Ziel ausgerufen. Schon am 8. März 2022 hatte sie angekündigt, zumindest die Abhängigkeit vom russischen Gas bis Ende des Jahres um nicht weniger als zwei Drittel zu reduzieren. Dafür will sie insbesondere die Einfuhr von Flüssiggas aus Qatar, den USA und Afrika um 50 Milliarden Kubikmeter erhöhen, aber auch den Ausbau der erneuerbaren Energien schneller vorantreiben als bisher geplant und Energie sparen.

Die EU-Kommission will zudem durch Eingriffe in den Markt auf die seit Monaten hohen Energiepreise reagieren, die wegen des Kriegs in der Ukraine noch einmal gestiegen waren. Sie konzentriert sich dabei zunächst auf den Strommarkt. Von der Leyen kündigte Vorschläge für Notfallmaßnahmen an, mit denen verhindert werden soll, dass der Anstieg der Gaspreise einen Anstieg der Elektrizitätspreise nach sich zieht. Dabei soll es auch um zeitlich begrenzte Obergrenzen für den Strompreis gehen. Vor allem Frankreich, aber auch Spanien und Griechenland dringen deshalb seit Monaten darauf, den Strompreis vom Gaspreis zu entkoppeln und an den durchschnittlichen Produktionskosten auszurichten. Damit sind sie aber bisher in Deutschland, anderen Staaten und auch in der Kommission auf Widerstand gestoßen.

Uneins ist man sich auch weiterhin darüber, ob die EU wie die USA und Großbritannien ein Ölembargo oder ein generelles Rohstoffembargo gegen Russland verhängen soll. Das haben mehrere osteuropäische Staaten gefordert. Bundeskanzler Olaf Scholz erteilte einem solchen Importstopp abermals eine Absage. Die Auswirkungen der EU-Sanktionen auf die Europäer selbst müssten möglichst gering sein, betonte er: „Diesen Kurs wollen wir auch weiter verfolgen.“ Die Kommission vertritt eine ähnliche Linie. Die EU führt 23 Prozent ihres Öls aus Russland ein. Sie ist damit viel abhängiger als die Vereinigten Staaten und Großbritannien, die nur 7 bis 8 Prozent ihres Öls von dort beziehen.

2 https://ka-gegen-rechts.de/wp-content/uploads/2022/02/182-Karlsruher_Corona-Szene_im_Schatten_des_Ukraine-Kriegs__Demos_am_28_Februar_2022.pdf
https://ka-gegen-rechts.de/wp-content/uploads/2022/03/183-Der_Ukraine-Krieg-ueberschattet_die_Corona-Demos__KA_am_5_und_7_Maerz_2022.pdf

t-online. In Europa 07.03.2022

Preis für Erdgas schnellt um 60 Prozent in die Höhe

Die Debatte um ein mögliches Importverbot für Gas und Öl aus Russland sorgt für Panikkäufe. In Europa zog der Preis für Erdgas am Montag dramatisch an. Auch Öl hat sich stark verteuert. Der Preis für Erdgas in Europa hat angesichts des fortgesetzten russischen Angriffs auf die Ukraine und der Wirtschaftssanktionen gegen Moskau neue Höchststände erreicht. Am Montag wurde am wichtigen niederländischen Handelspunkt TTF eine Megawattstunde zeitweilig für 345 Euro gehandelt – ein Plus von rund 60 Prozent.

Zuvor war wegen zunehmender Befürchtungen vor den negativen Folgen auf die Energieversorgung bereits der Ölpreis in die Höhe geschnellt. Im Fokus steht dabei ein möglicher Bann für russische Energieimporte, der am Montag Panikkäufe bei Erdgas und Erdöl auslöste.

"Wenn der Westen den Großteil russischer Energieexporte verhindert, wäre das ein großer Schock für die Märkte", warnte Ethan Harris, Chef-Volkswirts der Bank of America. Auch Commerzbank-Analyst Carsten Fritsch führte die "Preisexplosion" am Montag auf diese Überlegungen des Westens zurück. Zudem gebe es Spekulationen, dass Europa von sich aus entscheiden könne, russische Gasimporte zu stoppen, erklärte Fritsch. "Bislang fließt das Gas noch normal", fügte er hinzu.

SPIEGEL 09.03.2022

Diesel im Schnitt bei 2,15 Euro pro Liter

Öl- und Spritpreise steigen ungebremst weiter

Die Spritpreise legen weiter kräftig zu. Laut ADAC kostete Diesel am Dienstag im Schnitt 2,15 Euro und damit 12 Cent mehr als am Vortag. Für den Liter Super E10 mussten die Autofahrer an deutschen Tankstellen im Durchschnitt 2,103 Euro bezahlen, fast 10 Cent mehr als am Vortag. Damit ist Diesel in nur einer Woche 39,4 Cent teurer geworden, für Super E10 mussten die Autofahrer in Deutschland 27,6 Cent mehr bezahlen

Haupttreiber des bisherigen Anstiegs an den Zapfsäulen sind die Ölpreise, die im Zuge des Krieges in der Ukraine und der Sanktionen gegen Russland nach oben schnellten. Der starke Dollar verstärkt den Effekt, da Öl in Dollar gehandelt wird und deutsche Käufer in Euro bezahlen. Hinzu kommt die ungewöhnlich starke Nachfrage nach Heizöl. Die Ankündigung der USA und Großbritanniens, kein russisches Öl und Gas mehr zu importieren, hat die Ölpreise nun weiter angetrieben. (…) Aktuell zahlen die EU-Staaten täglich über 500 Millionen Euro für den Import von Öl, Gas und Kohle an die russische Führung.

Ruhr Nachrichten 11.03.2022

KRIEG IN DER UKRAINE

Sprit teuer wie nie – so setzt sich der Preis zusammen

Tanken ist aktuell so teuer wie noch nie in Deutschland, beide Kraftstoffsorten haben neue historische Höchststände erreicht, wie die aktuelle ADAC Auswertung der Kraftstoffpreise zeigt.

Ein Benzinpreis für Super E10 setzt sich wie folgt zusammen: 19% Mehrwertsteuer, 45% Energiesteuer, 5% CO2-Steuer, 34% Warenwert.

Der Preis für Diesel an der Tankstelle ist meist niedriger: 19% Mehrwertsteuer, 6% Energiesteuer, 6% CO2-Preis, 42% Warenwert

Die CO_2 – Steuer in Deutschland war Teil der vor kurzem beschlossenen sogenannten „Energiewende“, die den Ausstieg aus der Kernenergie und den fossilen Brennstoffen beinhielt … auch die stand nun im Fokus.

tagesschau Folgen des Ukraine-Kriegs

Was passiert mit der Energiewende?

10.03.2022

Die Ampel-Koalition hatte bis vor kurzem einen Plan für die Energiewende: Atomausstieg vollenden, den Kohleausstieg möglichst auf 2030 vorziehen, die Erneuerbaren zügig ausbauen und die Versorgungslücken durch neue Gaskraftwerke ersetzen. Erdgas sollte die neue Brückentechnologie werden. Aber dieser Plan ist nun wohl Makulatur - angesichts des russischen Krieges in der Ukraine und angesichts der Erkenntnis, viel zu abhängig zu sein von russischem Erdgas. Denn 55 Prozent des hier verbrauchten Erdgases kommt per Pipeline aus Russland. Deutschland hat diese Energieabhängigkeit von dem einen Hauptlieferanten über Jahrzehnte aufgebaut.

Weil sich die großen Erdgaspläne nun wohl erledigt haben, werden Forderungen laut, den Ausstiegsplan aus der Kohle zu überdenken. So betont Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU), es sei ”richtig, wenn die Bundesregierung darüber nachdenkt, ob sie bei Atom und Kohle eine Verlängerung in den Blick nimmt." [Und] der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck betont dieser Tage, dass es keine Denk-Tabus geben dürfe, auch wenn er natürlich am zügigen Kohleausstieg festhalten will. Und nach einer Sonderkonferenz mit den Energieministern sagte er, dass die Kohlekraftwerke, die eigentlich zur Abschaltung anstehen, in die Reserve überführt werden sollen.

"Die Energieversorgungssicherheit steht im Moment über allem", so Habeck. "Das heißt: Kraftwerke, die unter bestimmten Szenarien jetzt vom Netz gehen können, werden trotzdem ready gehalten, falls sie doch noch einmal gebraucht werden." Das könnte umso mehr der Fall sein, da Habeck die verbliebenen drei Atomkraftwerke auf jeden Fall zum Ende des Jahres abschalten will. Es fehle an Personal, Brennstäben und Sicherheitschecks für den Weiterbetrieb, so der grüne Wirtschaftsminister.

Auf den *telegram*-Seiten der Corona-Protestszene wurde die Liste der negativen Folgen einer (angeblich) seit Jahren falschen Ukraine-Politik und verlogenen Russland-Politik nun erweitert um die hohen Energiepreis und die sog. Energiewende.

FOCUS Online
10. März 2022

"Wir können auch einmal ein paar Jahre ertragen, dass wir weniger an Lebensglück und Lebensfreude haben."

Gauck ruft Deutsche zum „Frieren für die Freiheit“ auf

bnn.de
10. März 2022

Der frühere Bundespräsident Joachim Gauck hat sich für einen Stopp russischer Energie-Importe stark gemacht. Menschen in Deutschland könnten eine „generelle Delle im Wohlstandsleben“ ertragen.

Ex-Bundespräsident: „Auch einmal frieren für die Freiheit“

Für die heftigste Kritik aber sorgten die nun einsetzenden Aufrufe und Tipps aus der Politik, wie man der Verteuerung der Energie in gesellschaftlicher Breite begegnen sollte: Nämlich mit Sparen und generellem Verzicht, hier stachen Ursula von der Leyen und Joachim Gauck hervor – und ein Elitenhass brach aus, als der Ex-Bundespräsident im TV bei *Maischberger* allen Menschen in Deutschland „Wohlstandsleben“ und monetäres „Lebensglück“ zuschrieb und die Verzichte aus den letzten zwei Jahren Corona-Krise in Gutsherrenmanier unterschlug.

Ausgewählter Shitstorm-Beitrag der *AfD*

Marc Bernhard MdB
11. März 2022

Energiepreise: Lösungen statt Moralpredigten, Herr Gauck!

Die Arroganz der Altparteienkaste gegenüber dem eigenen Volk wird immer zynischer! Sie können sich die Energiepreise nicht mehr leisten? Dann jammern Sie bloß nicht, meint Deutschlands ehemaliger Bundespräsident Gauck und predigt von der hohen Kanzel: „Wir können auch einmal frieren für die Freiheit und wir können auch einmal ein paar Jahre ertragen, dass wir weniger an Lebensglück und Lebensfreude haben". Die Frage nach „wer ist wir?" beantwortet sich seit jeher ähnlich: Frieren wird der Normalbürger, 7,4 Millionen Deutsche konnten bereits im Jahr 2020 ihre Wohnungen nicht angemessen heizen.

Bei einem Ehrensold von über 240.000 € im Jahr wird Herr Gauck kaum Einschränkungen in seiner „Lebensfreude" verspüren und die nächste Heizkostenabrechnung dürfte für ihn auch keine Sorgenfalten bereiten.

Es ist erbärmlich und beleidigend zugleich, sich Moralpredigten und zynische Durchhalteparolen von hochbetuchten, steuerfinanzierten Berufspolitikern anhören zu müssen. Ihr Job wäre es dafür zu sorgen, dass es den Menschen im Land besser geht, dass unser Wohlstand und unsere Sicherheit nicht nur in Schaufensterreden vorkommen, sondern zur normalen Lebensrealität unserer Bürger gehören.

Schon vor dem Ukraine-Konflikt hatten wir die höchsten Energiepreise weltweit. Sie wurden durch ideologische Irrwege wie die Ökosteuer, CO2-Abgabe und die EEG-Umlage all die Jahre künstlich in die Höhe getrieben. Und nun werden die Auswirkungen der Sanktionen gegen Russland immer bedrohlicher.

Damit niemand frieren muss und die Bürger endlich entlastet werden, fordern wir seit Jahren und beständig den Weiterbetrieb deutscher Kernkraftwerke, die Senkung der Abgaben- und Steuerlast, die Abschaffung von CO2-Abgabe und EEG-Umlage, sowie die Abkehr von der zerstörerischen Klimahysterie. Gesicherte und günstige Energieversorgung ist eine der Grundvoraussetzungen von Wohlstand, Sicherheit und Gesundheit – diese sicherzustellen ist Kernaufgabe des Staates.

Ausgewählter Shitstorm-Beitrag der *LINKEN*

Lorenz Gösta Beutin
11. März 2022

Die Zahl der Menschen, die nicht richtig heizen können, hat sich in der Corona-Krise vervierfacht. Während die realen Einkommen auch in Folge der Inflation sinken, machen sich die Reichen und Konzerne die Taschen voll. Der Krieg gegen die Ukraine beschleunigt diese Entwicklung: Preise für Strom, Lebensmittel, Sprit, Heizung steigen. In dieser Situation erklärt Habeck, die Menschen müssten sich auf Komforteinbußen einstellen, der ehemalige Bundespräsident Gauck schlägt "Frieren für die Freiheit" vor und Lindner betont, man könne zwar die 100 Milliarden für Rüstung spontan aufbringen, aber ein sozialer Ausgleich sei nicht drin.

Es ist wohlfeil, individuelle Einsparungen vorzuschlagen, gerade wenn man zu den Besserverdienern gehört, da kann man daherreden, als träfe die Entwicklung alle gleich. Real treibt die Explosion der Energiepreise die soziale Spaltung voran. Eigentlich müssten jetzt einkommensschwache Haushalte sofort entlastet werden, müsste mehr soziale Gerechtigkeit, Umverteilung die Konsequenz sein. Das wäre so, gäbe es einen echten Wunsch, Armut und Ungleichheit zu bekämpfen. Doch das Sozialstaatsprinzip wird in der Bundesrepublik in etwas so ernst genommen wie der Schutz der Menschenrechte.

Und die Aussagen von Joachim Gauck über „Frieren für die Freiheit" weckten auch in der Corona-Szene langhegte Ressentiments gegen politische und gesellschaftliche Eliten und man sah sich bestätigt hinsichtlich des Grundgefühls der Corona-Bewegung, dass der Staat und die in ihm lebenden Menschen nicht mehr kongruent waren … Und die Aussagen von Joachim Gauck gaben den Teilen der Corona-Protestszene auftrieb, die der Überzeugung waren, dass es mit einem bloßen Kampf gegen konkrete Corona-Maßnahmen nicht getan sein kann: Dass man also langfristigen & nachhaltigen Protest würde üben müssen – und zwar über das Corona-Thema hinaus. Darüber hinaus musste es den führenden AktivistInnen der Corona-Protestszene klar geworden sein, dass eine reale Chance bestand, dass man mit erweiterten Protestkonzepten in der sog. Mitte der Gesellschaft durchaus auf offene Ohren würde treffen können: Bei anderen Bewegungen, die ebenfalls die aktuelle Gesellschaft als umfassend unfrei wahrnahmen.

Grundrechte.jetzt 12. März 2022

Und wenn dieser abgehobene Mensch sagt: "wir können auch mal frieren. Wir können auch mal über Jahre auf Lebensglück verzichten. " Dann meint er nicht "wir"
Wir alle, die Bevölkerung und die Eliten.
Dann meint er damit "ihr" die dumme Bevölkerung soll frieren und auf Lebensglück verzichten.
Was ein angehender, dekadenter, gehirnkranker Typ ist dieser Mensch. Solche Aussagen sind einfach nur widerlich.
Jedes Volk hat allerdings die Regierung verdient, die es hat.

Grundrechte.jetzt 11. März 2022

Ein ehemaliger Bundespräsident sagt sehr deutlich wo er das Problem sieht:
"Die Eliten sind nicht das Problem.
Die Bevölkerung ist das Problem. "

Freie Nordrhein-Westfalen 10. März 2022

←- Annalena Baerbock

Hach sieht sie nicht knuffig aus unsere Hüterin der Kobolde und Verteidigerin von Völkerrecht und Fressefreiheit.....?!

Als nächstes wird wahrscheinlich Gruppenkuscheln als Maßnahme gegen Putin- Gas vorgeschlagen im besten Deutschland aller Zeiten. Tja dann verlieren nicht nur die Spaziergänge ihre Unschuld, sondern auch die Energiepolitik, so schnell könnte es gehen..... entschuldigt meinen Sarkasmus, aber anders ertrage ich es auch nicht mehr 🙈

corona-querfront 12. März 2022

Kandel - Team 2020 11. März 2022

Frieren für die Freiheit

Wenn Frieren tatsächlich hülfe, die gesamte Bagage in Berlin, Stuttgart, Mainz etc. auf einen Schlag loszuwerden, dann würden wir sofort bis an unsere körperlichen Grenzen gehen.

Leider nutzt Frieren lediglich überversorgten Talkshow-Clowns und Politikern und zögert den Umbruch hin zu einer freiheitlichen Gesellschaft nur hinaus.

Lebensfreude wird dann wieder aufkommen, wenn sie vor unabhängigen Richtern stehen und abgeurteilt werden.

Freie Sachsen 11. März 2022

Einmal frieren für die Freiheit? Ein paar Jahre weniger Lebensglück? Die Berliner Politelite hat jeden Realitätsbezug verloren!

Nein, das ist keine Satire: Nachdem uns die Regierung seit zwei Jahren mit Coronamaßnahmen unserer Freiheit beraubt, kommt jetzt die nächste Idee des Establishments: Frieren für die Freiheit, wenn demnächst kein Gas und Öl mehr fließt. Komisch, da ist es plötzlich nebensächlich, wenn Millionen Bürger ihre Gesundheit (tatsächlich) gefährden...

Auch die Aussage Gaucks, wir sollen auf ein paar Jahre ohne "Lebensglück" verzichten, zeigt die Abgehobenheit dieser Politiker-Elite. Offensichtlich ist dem ehemaligen Bundespräsidenten entgangen, dass unser Lebensglück bereits sehr stark beschränkt wurde - Meinungszensur, Lockdown-Maßnahmen, gesellschaftliche Spaltung, drohende Zwangsimpfungen & Co dürften wohl kaum zu allgemeiner Glücklichkeit beitragen.

Freie Nordrhein-Westfalen 10. März 2022

Altbundespräsident Joachim Gauck bei Maischberger die Woche
„Wir können doch mal frieren für die Freiheit“
„Und wir können doch mal ein paar Jahre ertragen, dass wir weniger an Lebensglück und Lebensfreude haben“

Das sagt Ein Linker, der - mit Steuergeldern finanziert - immer im Wohlstand leben wird.

Lasse Dich nicht von seiner Linken = Sozialisten = Kommunisten = Zentralisten = Verbrecher-Rhetorik in die Irre führen. Mit "Freiheit" meint er die "Freiheit" der selbsternannten Eliten - die Freiheit, die Menschen zu vernichten. Das ist die "Freiheit" von der dieser Satanist spricht.

Die *Freien Sachsen*, rechtsradikale Kleinpartei und mit 150.000 AbonnentInnen zentraler *telegram*-Multiplikator der deutschen Coronaszene, griffen die verschiedenen Unzufriedenheitsstränge, die der Ukraine-Krieg evoziert hatte, auf und versuchten sie zu verknüpfen. Die Grundidee dabei war, den aktuellen Coronaprotest in einen Bürgerprotest nach Vorbild der Gelbwesten im Jahr 2019 zu transformieren. Seinerzeit hatten sich in Frankreich an hohen Spritpreisen massive landesweite Proteste entzündet. Die Rechte Szene hatte versucht, die Bewegung nach Deutschland zu importieren, war aber recht kläglich gescheitert.

Die *Freien Sachsen* und ihre zahlreichen Ableger, die seit Beginn der Zweiten Welle der Coronaproteste seit November 2021 vor allem im Osten Deutschlands, aber auch im Westen die ideologischen Impulse gesetzt hatten, appellierten mit ihrer Transformationsabsicht an die bundesweiten Tendenzen in der Coronaszene, die versandenden Coronaproteste aufzufangen und um einzelne Kontexte des Unmuts zu erweitern. Die Botschaft sickerte in die Corona-Protestszene.

Freie Schleswig-Holsteiner **12. März 2022**

Sollen wir uns als freie Schleswig-Holsteiner transformieren / erweitern / bei den Spaziergängen neue Themen behandeln? (Mehrere Antwortmöglichkeiten)

Anonymous Poll

56% Für die Senkung von Sprit/Gas/Stromkosten und Steuern

58% Gegen die staatliche Hetze gegen russische Mitbürger

88% Weiterhin für die Beendigung aller Covid-Maßnahmen

66% Weiterhin für ein zweites Nürnberg für alle Covid-Verbrecher

52% Gegen Waffenlieferungen Deutschlands in Kriegsgebiete

17% Heimat/-Geschichtsbewusstsein, Historisches, Sehenswürdigkeiten, Ausflugtipps für Schleswig-Holstein

32% Nicht nur die Lügen der Altparteien aufdecken, sondern auch AfD und Basis auf die Finger schauen

966

Freie Nordrhein-Westfalen **10. März 2022**

Bild

SPRITPREIS-WAHNSINN

3 Euro pro Liter sind schon am Sonntag möglich

Süddeutsche Zeitung

Verkehr

Forscher schlagen Pkw-Maut von 5,4 Cent pro Kilometer vor

9. März 2022, 4:58 Uhr | Lesezeit: 3 min

Was sagen Eure Bekannten eigentlich so?
Können die sich das Aktuelle eigentlich noch erträglich reden, oder fängt die Fassade bei ihnen an zu bröckeln?
Sind die Lastenfahrräder für die Pendler Strecken zur Arbeit schon bestellt? plus/ minus 20 Km pro Stunde schafft man damit wenn man richtig fit ist und die Strecke nicht zu hügelig ist.
Regen, Schnee,....? Ach wird überbewertet, das härtet ab.
Radfahren ist super Kardiotraining!
Für Leute die 100 km oder mehr pendeln müssen lacht das Herz und die Oberschenkelmuskulatur und bei 100 Km, nem Durchschnitsverbrauch von 8 Litern und nem Spritpreis von 3 Euro hat man gleich 24 Euro gespart.... 20 Arbeitstage sind direkt 480 Euro im Monat, richtig was gespart.... Ich finde die Lohnsteuer sollte dann nochmal angehoben werden, wenn so viele aufs Radfahren umsteigen, schließlich sollen ja nochmal 200 Milliarden Euro, also 200.000.000.000 Euro in den Klimawandel investiert werden. *Satire aus* 🌞🌞🌞

Freie Sachsen **8. März 2022**
148K subscribers

Spritpreisexplosion: Wann ist deine Rote Linie erreicht?

Wer noch nach Gründen sucht, weshalb er sich dem Bürgerprotest anschließen sollte, wird aktuell bei einem Blick auf die Zapfsäule (oder auch auf die kommenden Heizkostenabrechnungen) sehr schnell fündig. Jahrelang wurde darauf hingearbeitet, Mobilität unbezahlbar zu machen: Abzocke durch die Mineralölsteuer, Öko-Schikane durch eine CO2-Steuer oder eben aktuell durch die katastrophale Außenpolitik der Bundesregierung. Statt Steuern zu senken, erfreut sich die Regierung an lukrativen Mehreinnahmen. Je höher der Sprit (auf den die Bürger zwangsläufig angewiesen sind), desto mehr Geld sprudelt in die Kassen des Staates. Es ist eine perfide Taktik, die den Mittelstand immer weiter verarmen lässt. Und das ist offenbar von denen, die Impfpflicht und Co für ihr Gesellschaftsexperiment vorantreiben, gewollt.

Wenn Du bisher noch nicht beim Bürgerprotest dabei bist: Wann ist deine Rote Linie überschritten?

Montag	Synonym für Corona-Montagsspaziergänge
Rote Linie	Kampfbegriff der Coaona-Szene, entlehnt von Olaf Scholz, der damit im Dezember 2021 zu verstehen gegeben hatte, dass er bei der von ihm geforderten Impfpflicht keine Tabus kenne.

Das Arbeitsmotto der Transformation der Coronaproteste zu allgemeinem Bürgerprotest rund um „Spritpreisabzocke der Regierung“ lautete: „Nicht nur bei der Corona-Politik hat das politische Establishment fertig“.

Freie Sachsen

Liter Benzin / Diesel ab Sonntag über 3 Euro?! **09.03.2022**

Die Preisexplosion an unseren Tankstellen setzt sich fort - die Ukraine-Krise ist offensichtlich ein willkommener Anlass, den Deutschen das Auto abzugewöhnen. Eine Politiker-Clique, die überwiegend in "hippen" Großstädten wie Berlin, Hamburg, Köln oder München sozialisiert wurde, hat augenscheinlich jedes Verständnis für Menschen verloren, die auf ein Fahrzeug angewiesen sind - alleine schon, um zur Arbeit zu kommen. Es ist unglaublich, dass niemand in der Bundesregierung auch nur auf die Idee kommt, die horrenden Steuern zu senken.

Ganz anders Polen: Dort reagierte die Regierung mit einer spürbaren Steuersenkung, die den Geldbeutel der Bürger entlastet. Doch im Gegensatz zu Polen will uns die Berliner Regierung, ganz im Sinne der Grünen, die schon 1998 forderten, den Benzinpreis auf über 5 (damals noch) Mark zu erhöhen, erziehen. Dieses Ziel dürfte sogar schon vor dem Wochenende erreicht sein...

Freie Sachsen **11. März 2022**

Preiswahnsinn:
Hunderte Meter Warteschlange für Sprit unter 2 Euro!

Während andere europäische Länder die Steuern auf Sprit senken, lässt die grün-dominierte Bundesregierung (unterstützt von ihren Helfern, z.B. der sächsischen Landesregierung, ebenfalls unter Beteiligung der Grünen) die Preise für Benzin und Diesel explodieren. Es scheint der Auftakt des finalen Kampfes gegen den Verbrennungsmotor zu sein.

Die Krise ist künstlich, die Spritpreise sind überall um uns herum in Europa stabil. Es ist eine Mischung aus grenzenloser Gier, die Bürger über die Zapfsäule auszunehmen und einem ideologischen Kampf der Autohasser.
Wann reißt der Geduldsfaden der Bürger? Bei 3 Euro? Oder erst bei 5? Nicht nur in der Coronapolitik hat das politische Establishment fertig!

corona-querfront

Reaktion auf drastischen Preisanstieg: Niederlande senken Spritsteuern um 21 Prozent FOCUS 12.03.2022

Den Krieg in der Ukraine spürt jeder Autofahrer an der Zapfsäule. Doch nicht nur dort zeigen sich die ökonomischen Auswirkungen des Konflikts.

QUERDENKEN (911 – NÜRNBERG) – INFO-Kanal

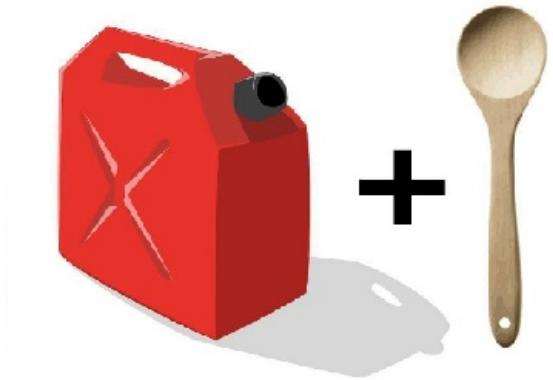
Die ägyptische Bevölkerung ist zu 70 % von Weizeneinfuhren aus #Russland & der #Ukraine abhängig. Nur zur Erinnerung: Die Unruhen des arabischen Frühlings wurden durch Getreide-Preiserhöhungen ausgelöst. Die kreative Zerstörung des #GreatReset läuft - weltweit.

BewegungLeipzig **10. März 2022**

Impfpflicht im Gesundheitswesen, drohende allgemeine Impfpflicht, Verstetigung von Corona-Maßnahmen auch nach dem 19.3., Krieg in der Ukraine und Waffenlieferungen aus Deutschland in das Kriegsgebiet, 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr aber kein Cent zusätzlich für Gesundheitswesen und Bildung ... – es gibt viele Gründe, warum wir gemeinsam weiterhin auf die Straße gehen und zeigen: Wir machen da nicht mit! Bringt Friedenstauben-Fahnen mit. Instrumente (Trommeln, Pfeifen, Ratschen ...) und Plakate Mitarbeiter der Gesundheitsberufe: kommt in Eurer Arbeitskleidung. Wir lassen uns nicht spalten und zeigen uns solidarisch mit allen friedliebenden Menschen.

Freie Sachsen **12. März 2022**

SPRITPREISPROTEST!



Protestaktion: Mit dem Benzinkanister zum Montagsspaziergang

Aktuell verbreitet sich ein Aufruf, bei den kommenden Montagsspaziergängen als Zeichen des Protestes Spritkanister und Kochlöffel mitzuführen - die Kanister (natürlich leer, voll kann sich das ohnehin kaum noch jemand leisten) dienen dann als Trommeln und erzeugen nicht nur ordentlich Lärm, sondern symbolisieren auch den Protest gegen die Spritpreisabzocke der Regierung.

Was haltet Ihr von der Idee, den Coronaprotest mit den neuesten Entwicklungen (auch optisch) zu verknüpfen? Ist das etwas für eure Stadt?

corona-querfront **10. März 2022**

Ohne Steuern würde der Liter Benzin statt 2€ übrigens 60ct kosten.
Der Staat ist das Problem.

Man konnte davon ausgehen, dass die *Querdenker*-Szene sich nur spärlich an diesem gestarteten Transformationsprozess hin zu einem allgemeinen Bürgerprotest beteiligen würde. Jene Szene war eher geprägt von unpolitischer Spiritualität und beschränkte sich weitgehend auf den Kampf gegen die Corona-Maßnahmen und zielte weniger bzw. nicht sehr fundamental auf eine Zeit nach Corona.

Und so war zu erwarten, dass *Querdenken721* und ihre Chefin Güzey Israel es bei einer Erweiterung ihrer Coronaproteste um Russlandfreundlichkeit beließen, während *Grundrechte Jetzt* schon in den Startlöchern säßen für eine umfassende Protestagenda mit Ukraine, Energiepreisen, Staatsverdruss und Elitenbashing.

Für die Zukunft (ab Mitte März 2022) zeichnete sich ab, dass *Querdenken721* sich auf unregelmäßige eventartige Demos mit +/-1.500 Teilnehmenden spezialisieren würde, während *Grundrechte Jetzt* sich die regelmäßigen Montagsspaziergänge zurückholen würde mit +/- 300 Teilnehmenden. Alles in Allem also überschaubar. Und da die beiden Karlsruher Corona-Protestanbieter untereinander verstritten waren, durfte man kaum von spontanen Synergieeffekten ausgehen.

In der bundesweiten Tendenz war zu erwarten, dass die Corona-Bewegung die von dem Rapper Schwrzvyze aufgegriffene Richtung einer Suche nach einem „neuen Rechts“ fortführen würde – in Abkehr gegenüber einem Staat, den man als eine gesellschaftliche und politische Fehlentwicklung sah, da er sich einseitig an den Werten der 1968-Generation orientiert hatte.

Seinerzeit hatte sich eine junge Generation gegen verbrauchte konservative Wirtschaftswunder-Gläubigkeit und den politischen Nachkriegsfilz erhoben. Nunmehr indes hatte sich, basierend auf Social Media, eine vielschichtige Gegenöffentlichkeit aus vorwiegend +/- 50-Jährigen gebildet, die sich gegen eine ohnmächtig wirkende Politik, unkritisch wirkende Medien und jasagend wirkende gesellschaftliche FunktionsträgerInnen wehren wollte: Gegen eine Politik, die in ihren Augen keine Antworten auf die drängendsten Fragen der Zeit liefern konnte. Diese Proteste konnten, unter verschiedensten politischen Ausprägungen und Härtegraden, unter dem Begriff der „Wahrheitsbewegung“ subsummiert werden.

Wollte man diese Entwicklung chronologisch verorten, könnte man sich an zwei Eckdaten orientieren: Der inhaltliche Vorläufer war die Gründung des *Bundes zur Verbreitung unerwünschter Einsichten* in den 1980er-Jahren. Zum ersten Mal formierten sich hier, grob gesagt, Querulanten aller Art. Der strukturelle Vorläufer war die Internet-Blasenbildung auf Social Media, erstmals 2014 aufgetreten bei *Pegida* und ihren diversen Ablegern: Ohne *facebook* oder *telegram* würden sich Unzufriedenheiten (Migration, Altersarmut, Klima) heute nicht zu Bewegungen bündeln.

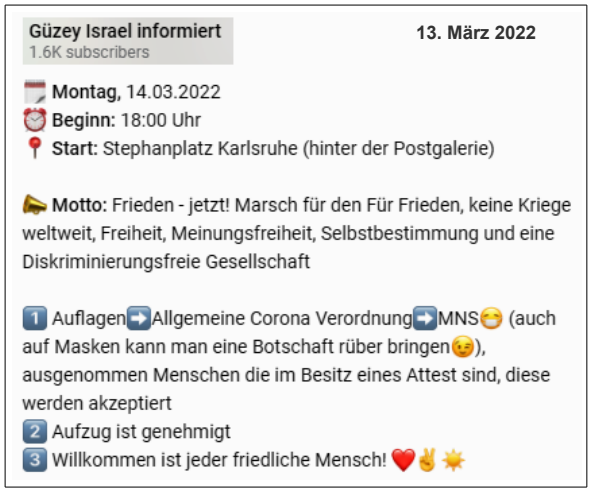
Allen Spielarten der „Wahrheitsbewegung“ war gemein, dass sie das politische Rechts-Sein aus seiner verpöhnten Ecke herausholen und rehabilitieren wollten. Sie waren Antworten auf die Verbrauchtheit der Ideale der 1968er-Generation.

Der Corona-Montagsspaziergang in Karlsruhe am 14. März 2022

Anmelderin und Versammlungsleiterin war Güzey Israel, Chefin von *Querdenken721*.

Das Motto des 'Friedensmarsches' war hybrid gehalten und bezog sich auf Corona sowie auf den Ukraine-Krieg.

Beim letzten von Güzey Israel angemeldeten Corona-Montagspaziergang am 7. März 2022 waren nur enttäuschende 180 Personen gekommen. Diesmal waren es mit etwas mehr als 100 Teilnehmenden noch weniger.


Güzey Israel informiert
1.6K subscribers
13. März 2022

Montag, 14.03.2022
Beginn: 18:00 Uhr
Start: Stephanplatz Karlsruhe (hinter der Postgalerie)

Motto: Frieden - jetzt! Marsch für den Für Frieden, keine Kriege weltweit, Freiheit, Meinungsfreiheit, Selbstbestimmung und eine Diskriminierungsfreie Gesellschaft

1 Auflagen ➡ Allgemeine Corona Verordnung ➡ MNS (auch auf Masken kann man eine Botschaft rüber bringen), ausgenommen Menschen die im Besitz eines Attest sind, diese werden akzeptiert
2 Aufzug ist genehmigt
3 Willkommen ist jeder friedliche Mensch!

Die Demo begann mit einer zwanzigminütigen Verzögerung um 18.20 Uhr. Zuvor hatte Güzey Israel mehrmals per Megaphon verkündet, die Polizei gebe erst dann Grünes Licht zum Loslaufen, wenn 80% der Teilnehmenden „eine Maske tragen“ würden. Vermutlich hatte man sie damit seitens der Behörden nicht böswillig veräppelt, sondern eher wohlmeinend beraten: Mit einer unbürokratischen Regelung, um die Sache so unauffällig wie möglich über die Bühne zu bringen.

Und so setzte sich der Demozug mit maximal 50% Maskentragenden in Bewegung, begleitet von vier zum Wegsehen auserkorenen Polizisten … Die Karlsruher Montagsspaziergänge waren abgewirtschaftet. Ende November 2021 waren sie eine subversive Keimzelle des unangemeldeten Coronaprotests gewesen, gefürchtet von Kommunalpolitik und Lokalpresse. Aber nachdem Güzey Israel die Montagsspaziergänge im Januar 2022 an sich gerissen hatte (vgl. Dossier 181 hier[3]), war es kontinuierlich bergab gegangen. Die Karlsruher Corona-Protestszene hatte unerbittlich erkannt, dass es *Querdenken721* nur um Szenevorherrschaft ging; und um spirituell-integrative unpolitische (langweilige) Unverfänglichkeiten.

Dabei standen bedeutende Eckdaten der Corona-Epoche kurz bevor:

16. März	Das Gesetz zur Einrichtungsbezogenen Impfpflicht tritt in Kraft
17. März	Letzte Debatte im Bundestag über die Allgemeine Impfpflicht
20 März	Die Corona-Maßnahmen fallen im Wesentlichen (Freedom Day)

Fortsetzung → Dossier 185

3 https://ka-gegen-rechts.de/wp-content/uploads/2022/02/181-Der_Kampf_um_die_Karlsruher_Corona-Szene_am_21_Februar_2022.pdf